

# Regierungsratsbeschluss

vom 17. September 2019

Nr. 2019/1436

KR.Nr. A 0050/2019 (BJD)

## **Auftrag Fraktion Grüne: Standesinitiative zur Einführung einer wirksamen Flugtreibstoffsteuer Stellungnahme des Regierungsrates**

---

### **1. Auftragstext**

Der Regierungsrat wird gebeten, dem Kantonsrat eine Standesinitiative mit folgendem Wortlaut zu unterbreiten:

Der Stand Solothurn ersucht die Eidgenössischen Räte, eine Treibstoffsteuer für den nationalen und internationalen Flugverkehr zu erheben. Die Flugtreibstoffsteuer soll in ihrer Höhe eine Lenkungswirkung erzielen, die eine wesentliche Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses bewirkt. Der Ertrag dieser Steuer soll zur Finanzierung von weiteren Massnahmen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses eingesetzt oder der Bevölkerung zurückverteilt werden.

### **2. Begründung**

Der Flugverkehr gehört zu den bedeutenden Emittenten des Treibhausgases CO<sub>2</sub>. Jedes Jahr werden neue Passagierrekorde geschrieben. Eine Flugtreibstoffsteuer mit Lenkungswirkung ist eine wichtige Massnahme zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und somit zum Erreichen des Ziels, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C zu beschränken.

Der Luftverkehr ist in der Schweiz für über 18% der menschengemachten Klimagasemissionen verantwortlich. Gemäss Prognosen für 2030 wird das Passagieraufkommen der Schweizer Flughäfen 78 Millionen Personen übersteigen. Das sind 28 Mio. mehr als heute. Der Luftverkehr wird ohne lenkungswirksame Massnahmen in der Schweiz bis 2030 zum grössten Treiber des Klimawandels.

### **3. Stellungnahme des Regierungsrates**

Wir teilen die Meinung der Auftraggeber, dass die Entwicklung im internationalen Luftverkehr den Bestrebungen, den Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu beschränken, zuwiderläuft. Überkapazitäten der Luftverkehrsunternehmen bei äusserst tiefen Zinsen sind Ursache für die nach wie vor äusserst günstigen Preise für Flugtickets und somit mitverantwortlich für das anhaltende Wachstum des Flugverkehrs. Dass eine Verteuerung der Kosten für das Fliegen, sei dies in Form einer Besteuerung der Flugtreibstoffe oder einer Abgabe auf Flugtickets, zu einer politisch zu begründenden Dämpfung der Nachfrage beiträgt, ergibt sich aus der ökonomischen Logik.

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Klimapolitik der Schweiz nach 2020 und damit zur Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes (RRB Nr. 2016/2034 vom 22. November 2016) haben wir uns hinter die Klimapolitik des Bundesrates gestellt. Die Vorlage dieser Revision erlitt jedoch im Rahmen der Beratungen des Nationalrates in der Wintersession 2018 «Schiffbruch».

Nach dem «Nein» des Nationalrates gelangte das Geschäft in die ständerätliche Umweltkommission (UREK-S). Diese kündigte am 11. Januar 2019 an, konstruktive Vorschläge zu erarbeiten, damit ein mehrheitsfähiges Gesetz zustande kommt. Am 16. August 2019 kommunizierte die UREK-S ein umfassendes Massnahmenpaket zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen, welches im Ständerat zur Beratung gebracht werden soll.

Eine Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken ist dabei wichtiger Bestandteil dieses Massnahmenpakets. Der Ständerat wird demnach in der Herbstsession 2019 über die Einführung einer Flugticketabgabe beraten.

Der vorliegende Auftrag fordert zwar nicht die Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung einer Abgabe auf Flugtickets, sondern fordert die Besteuerung von Flugtreibstoffen. Beide Ansätze wirken sich jedoch direkt auf die Preise von Flugtickets aus, was die Nachfrage nach Reisen im Flieger dämpft.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir die Erheblicherklärung mit geänderten Wortlaut.

#### **4. Antrag des Regierungsrates**

Erheblicherklärung mit geänderten Wortlaut:

Der Regierungsrat wird gebeten, dem Kantonsrat eine Standesinitiative mit folgendem Wortlaut zu unterbreiten: Der Stand Solothurn ersucht die Eidgenössischen Räte, zwecks Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen geeignete Massnahmen zur Verteuerung der Preise für Flugtickets zu treffen.



Andreas Eng  
Staatsschreiber

#### **Vorberatende Kommission**

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

#### **Verteiler**

Bau- und Justizdepartement  
Bau- und Justizdepartement (br)  
Amt für Umwelt  
Volkswirtschaftsdepartement  
Finanzdepartement  
Staatskanzlei  
Aktuarin UMBAWIKO (ste)  
Parlamentsdienste  
Traktandenliste Kantonsrat